



Information der betroffenen Personen (Antragsteller, Anlieger des Vorhabens, Mitarbeiter von anderen Ämtern, Bauplaner usw.) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Gemeinde Wachau, Teichstr. 2, 01454 Wachau (Deutschland)
03528- 48080, info@wachau.de, www.wachau.de

Gesetzlicher Vertreter:

Der Bürgermeister

Datenschutzbeauftragter:

Ingo Krause, E-Mail: datenschutz@wachau.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen beim Bauamt (z.B. Hoch- und Tiefbau, Baumfällgenehmigungen, Vergabe von Hausnummern, Grundstückeinfahrten, Gehwegabsenkungen etc.) werden personenbezogene Daten des Antragstellers und ggf. von anderen beteiligten Personen verarbeitet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung öffentlicher Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO und §4SächsDSG erforderlich.

Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO erforderlich (SächsBO, BauNVO, BauGB).

Kategorien von Empfängern:

Intern (Mitarbeiter des Bauamtes)

Öffentliche Stellen (Mitglieder des Ortschaftsrates, des Bauausschusses, Gemeinderat)

Sonstige Empfänger (ggf. andere Beteiligte des Verfahrens)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherungsdauer der personenbezogenen Daten:

Bauanfragen und -akten werden dauerhaft aufbewahrt.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Ohne Bereitstellung der Daten ist keine Bearbeitung des Antrages möglich.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.